



N i e d e r s c h r i f t

15. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Werkausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 22.09.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Peter Säker

Frau Lore Würfel

Herr Claus Peter Dieck

Vertretung für: Herrn Michael Meschede

Herr Jörg Buthmann

Herr Jürgen Müller-Schönemann

Herr Ole-Christopher Plambeck

Vertretung für: Herrn Sven-Hilmer Brauer

Herr Henning Wulf

Herr Martin Ahrens

Frau Edda Lessing

Frau Kathrin Bühring

Vertretung für: Frau Annelie Eick

Herr Dr. Eberhard Krauß

Herr Wolfgang Schnabel

Herr Toni Köppen

Herr Heinz-Michael Kittler

Frau Rita Marcussen

KT-Abg. als Gast

Frau Bogalski Leiterin BBZ Norderstedt

Herr Landrat Schröder

Herr Backhaus Werksleiter ISE

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Bruckert ISE/ Technisches Gebäudemanagement (TGM)

Herr Laxy ISE/ Technisches Gebäudemanagement (TGM)

Herr Zloch ISE/Kaufmännisches Gebäudemanagement

Frau Harder Protokollführerin

Abwesende:

Herr Michael Meschede
Herr Sven-Hilmer Brauer
Frau Annelie Eick

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.03.2015
 - 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2015
 - 2.4 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Werkausschusses vom 03.09.2015
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Prüfung einer möglichen Veräußerung des Immobilien-/Liegenschaftsbestandes im Bereich Rettungsdienst
Vorlage: DrS/2015/079-1
 - 3.2 2. Nachtragswirtschaftsplan der ISE
Vorlage: DrS/2015/219
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Jahresabschlussprüfung nach dem Kommunalprüfungsgesetz (KPG) für das Geschäftsjahr 2013 der ISE
Vorlage: DrS/2015/172
 - 4.2 Zwischenbericht zum 30.06.2015 der ISE
Vorlage: DrS/2015/182
 - 4.3 Übersicht Stand der Bauvorhaben
 - 4.4 Evtl. weitere Berichte
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt die Genehmigung der Niederschriften vom 31.03.2015 sowie 03.09.2015 mit auf die Tagesordnung auf, welche in dieser Form genehmigt wird.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.03.2015

Die Niederschrift wird in dieser Form genehmigt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2015

Die Niederschrift wird in dieser Form genehmigt.

zu 2.4 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Werkausschusses vom 03.09.2015

Die Niederschrift wird in dieser Form genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

**zu 3.1 Prüfung einer möglichen Veräußerung des Immobilien-/Liegenschaftsbestandes im Bereich Rettungsdienst
Vorlage: DrS/2015/079-1**

Auf den Hinweis von Herrn Dieck, dass in der gestrigen Sitzung des OVG-Ausschusses berichtet worden sei, dass die Rückführung der Beträge zum Rettungsdienst über eine Schiedsstelle laufen müsse, erklärt der Landrat, dass es sich bei dem heutigen Beschluss zunächst nur um die strategische Entscheidung handle, ob der Bedarf weiterhin vorhanden ist. Der Vorsitzende ergänzt, dass die inhaltlichen Fragen dann durch den Fachausschuss ergänzt werden müssten. Zum Verweis von Herrn Wulf auf die Vorlage DrS/2015/130 und die Forderung eines Gemeinschaftskonzeptes mit den Kostenträgern verdeutlicht der Landrat, dass die Verwaltung heute eine Entscheidung der Politik trotz derzeitiger Grundsatzüberlegungen benötige. Die Kostenübernahme durch die Krankenkassen müsse trotzdem geklärt werden. Auf Nachfrage von Herrn Ahrens erklärt Herr Backhaus, dass noch keine Kostenberechnungen vorliegen würden und Nachverhandlungen eintreten müssten. Herr Wulf führt aus, dass eine Kostenberechnung für die Gespräche mit den Krankenkassen hilfreich sei.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Werkausschuss beschließt, dass eine Veräußerung von Liegenschaften im Bereich Rettungsdienst zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht weiter verfolgt wird und die ISE die weitere Planung zum notwendigen Umbau der Einrichtungen in Bad Segeberg und Kaltenkirchen vorantreibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 7 Ablehnung: - Enthaltung: 5

zu 3.2 2. Nachtragswirtschaftsplan der ISE

Vorlage: DrS/2015/219

Eingangs äußert der Vorsitzende seine Freude über diese Hilfe für die Gemeinden, zeigt sich aber verärgert darüber, dass bereits im Vorwege Informationen an die Öffentlichkeit gelangt seien, da erst Gespräche mit den entsprechenden Gemeinden hätten geführt werden müssen. Auch der Landrat beschreibt diese Vorlage als ein Entgegenkommen für die Gemeinden und erklärt, dass der Beschlussvorschlag bzgl. der Räumlichkeiten bewusst offen gehalten sei. Auf Nachfrage von Frau Lessing erläutert Herr Backhaus, dass alle Mittel des Investitionsbudgets gebunden seien, weshalb dieser Nachtragswirtschaftsplan notwendig sei. Die Möglichkeit einer Gegenfinanzierung des Landes oder Bundes sei derzeit nicht einschätzbar.

Frau Würfel merkt an, dass Gespräche des Landrates mit den betreffenden Gemeinden erforderlich seien. Auf ihre Nachfrage erklärt der Landrat, dass ein Beschluss des Gemeinderats zwar nicht notwendig sei, aber der Kreis nicht gegen den Willen der Kommunen handeln wolle. Des Weiteren seien neben dem Hauptausschuss auch der Sozial- und Jugendhilfeausschuss zu beteiligen. Die Betreuung in den Unterkünften könne nach Aussage des Landrates nicht durch Ehrenamtler, sondern durch Hauptamtliche durchgeführt werden. Des Weiteren fordert Frau Würfel, dass in der Gemeinde ein Konzept entsprechend der Infrastruktur des Dorfes erstellt werden müsse.

Herr Kittler stellt anschließend den Antrag, den gleichen Betrag auch für einen Wohnungsbau für inländische Bedürftige aufzuwenden. Zwar unterstütze er diese Vorlage und das Anliegen, allerdings dürften andere Projekte wie der soziale Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden. Hier liege ein Marktversagen vor. Daraufhin erläutert der Vorsitzende, dass die ISE laut ihrer Satzung nicht zu Wohnungsbau ermächtigt sei, weshalb auch der Werkausschuss hierüber nicht befinden könne. Bei den geplanten Vorhaben nach der Vorlage handle es sich um Wohnunterbringungen. Der Ausschuss spricht sich zwar dafür aus, dass der Grundgedanke von Herrn Kittler richtig sei und andere Gruppen nicht außer Acht gelassen werden dürften, es müsse aber nach einer anderen Lösung als bei der ISE und in diesem Ausschuss gesucht werden. Heute ginge es darum, der vorliegende Notlage, auf die Kommunen in dem Maße nicht haben vorbereitet können, abzuweichen.

Der Vorsitzende lässt anschließend über die vorliegende Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Werkausschuss und Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt den 2. Nachtragswirtschaftsplan 2015 der ISE wie folgt:

1. Für die Anschaffung / Herstellung von Flüchtlings-/Asylbewerberunterkünften werden EUR 2.500.000 genehmigt. Die Verwendung der Mittel erfolgt in enger Abstimmung mit dem Hauptausschuss.
2. Es wird eine Kreditermächtigung i.H.v. EUR 2.500.000 zur Finanzierung der unter Ziff. 1. bezeichneten Maßnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Jahresabschlussprüfung nach dem Kommunalprüfungsgesetz (KPG) für das Geschäftsjahr 2013 der ISE Vorlage: DrS/2015/172

Herr Backhaus erläutert, dass diese Vorlage lediglich die Information enthält, dass es keine weiteren Anmerkungen zur Prüfung des Jahresabschlusses durch den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein gebe.

zu 4.2 Zwischenbericht zum 30.06.2015 der ISE Vorlage: DrS/2015/182

Herr Backhaus erklärt eingangs, dass dem Bericht eine Stichtagsbetrachtung zum 30.06.2015 zugrunde liege und von daher einige Angaben bereits überholt seien.
Auf Nachfrage von Frau Lessing nach dem Fortschritt der Räume 3 und 4 im BBZ Norderstedt erläutert Herr Backhaus, dass zuletzt die Bauaufsichtsbehörde aufgefordert habe, Verbesserungen beim Brandschutz im Fußbodenbereich vorzunehmen, so dass sich der Bau bis in das kommende Jahr hinziehen werde. Die ISE habe alles nachgereicht, was gefordert worden sei. Beim Förderzentrum Norderstedt seien noch Auflagen der unteren Naturschutzbehörde abzuarbeiten. Ferner verlange das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) eine Schallimmissionsprognose, was für eine Tagesbaustelle sehr ungewöhnlich sei. Auch müsse noch eine Prüfung auf das mögliche Vorhandensein von Kampfmitteln erfolgen. Trotzdem werde ein voraussichtlicher Baubeginn zum Anfang des nächsten Jahres (2016) als möglich angesehen. Bei der Sporthalle Kaltenkirchen seien noch letzte brandschutztechnische Maßnahmen abzustimmen. Aus diesem Grund liege noch keine Baugenehmigung vor und der Beginn der Baumaßnahmen werde sich auf voraussichtlich Anfang 2016 verschieben.

zu 4.3 Übersicht Stand der Bauvorhaben

Einen aktuellen Stand zu dem Fortschritt der Bauvorhaben, zum möglichen Ankauf von Liegenschaften, zum aktuellen Stand der Instandhaltung und zum Jahresabschluss 2014 gibt Herr Backhaus zu Protokoll.

Des Weiteren führt er aus, dass die Untersuchung des Kreistagssitzungssaaltraktes ergeben habe, dass die Dachbalken nicht kontaminiert seien. Allerdings sei ein Umbau des Dachstuhls aus denkmalschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Allerdings dürfe die sog. Technik-Etage über dem KT-Saal verändert werden.

Zu überlegen sei, ob der Schriftzug am Haus B erneuert werden solle, wofür allerdings beständiges Wetter notwendig sei. Herr Wulf und der Landrat sprechen sich dafür aus, dass wenn es keine Verbesserung des Schriftzuges geben soll, dass er dann entfernt werden müsse.

Am 24.09.2015 werde um 14:30 Uhr der nächste Besuchstermin in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf stattfinden.

Die Räume 1 und 2 des BBZ Norderstedt seien inzwischen fertiggestellt und es habe insgesamt eine Ersparnis von ca. 400.000 Euro gegeben.

zu 4.4 Evtl. weitere Berichte

Der Landrat informiert den Ausschuss darüber, dass Herr Backhaus den Kreis zum Ende des Jahres verlassen werde. Derzeit werde eine Übergabe vorbereitet. In der Übergangsphase werde es eine kommissarische Leitung geben. Die Fraktionen und die Verwaltung seien jetzt aufgefordert zu überdenken, in welcher Form die ISE in Zukunft bestehen soll.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Frau Bogalski informiert den Ausschuss darüber, dass u.a. aufgrund der Flüchtlingsproblematik die Notwendigkeit der Räume 5 und 6 im BBZ Norderstedt täglich steigen würde. Der vorhande-

ne Platz sei nicht mehr ausreichend. Herr Bruckert (ISE) weist erneut darauf hin, dass die Möglichkeiten einer weiteren Aufstockung begrenzt seien und von daher über andere Lösungen nachzudenken sei. Frau Bogalski merkt hierzu an, dass die Begrenztheit der Möglichkeiten der Aufstockungen in der Eindeutigkeit bislang nicht kommuniziert worden sei.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Da es für die November-Sitzung bereits eine umfangreiche Tagesordnung gebe, einigt sich der Ausschuss darauf, am 28.10. eine Sondersitzung durchzuführen, in welcher u.a. der Jahresabschluss der ISE sowie der Prüfbericht des RPA behandelt werden würden.

Das Hausmeisterkonzept werde in der regulären Sitzung behandelt werden. Hier seien viele Gegebenheiten wie z.B. die Gemeinschaftsunterkunft und das neue Gebäude für Asylbewerber zu berücksichtigen.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Peter Säker
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder
(Protokollführung)